Anlage zum Tagesordnungspunkt 11 Weitere Anträge

43. Landesparteitag der CDU Berlin am 13. Oktober 2018

Drucksache 301

Empfehlung der

Antragskommission:

durch Leitantrag erledigt

Gegenstand des Antrages:

Wohnen ist ein Menschenrecht

Der Landesparteitag möge beschließen:

- Wohnen gehört unstrittig zu den Grundbedürfnissen von Menschen. Bezahlbares Wohnen
 für unterschiedliche Einkommensgruppen und unterschiedliche Bedürfnisse
- 3 sicherzustellen, gehört zu den elementaren Aufgaben eines Staates. Dabei geht es vor
- 4 allem darum, Rahmenbedingungen zu schaffen, die dies möglich machen.

5

- 6 Berlin ist eine wachsende Stadt und dies in einem rasanten Tempo. War es schon in der
- 7 Vergangenheit für Niedrigverdienende schwierig, angemessenen Wohnraum zu
- 8 bekommen, so stellt sich dieses Problem inzwischen auch Menschen mit mittlerem
- 9 Einkommen. Wir, die CDU als bürgerliche Partei, müssen dafür sorgen, dass die Bürgerinnen und
- 10 Bürger dieser Stadt auch in der Stadt leben und arbeiten können. Eine anhaltende
- 11 Wohnungsknappheit schwächt das Vertrauen in staatliches Handeln und gefährdet den sozialen
- 12 Frieden in der Stadt.

13 14

15

16 17

18

19

20

21 22

23

24

2526

27

28 29

- Wir fordern deshalb:
 - wieder dauerhaft einen sozialen Wohnungsbau in Berlin zu etablieren,
 - Förderprogramm zum sozialen Wohnungsbau, auch für private Investoren, aufzulegen,
 - die Gewinne der städtischen Wohnungsbauunternehmen in Wohnungsneubau zu investieren,
 - Spekulation mit Wohnraum wirksam zu unterbinden, Grund und Boden unterliegen auch nach unserem Grundgesetz einer besonderen Betrachtung,
 - den Ausbau städtischer, gemeinnütziger und genossenschaftlicher Wohnungsbauunternehmen zu fördern,
 - bei der Vergabe von Baugrundstücken insbesondere städtische sowie gemeinnützige oder genossenschaftliche Wohnungsbauunternehmen zu berücksichtigen,
 - ein Bündnis mit den privaten Wohnungsbaugesellschaften zur Mietpreisbindung zu verhandeln,
 - bei der Planung und Entwicklung neuer Wohngebiete die Erschließung mit ausreichenden Verbindungen des öffentlichen Nahverkehrs vor Fertigstellung sicherzustellen,
 - die Planungen in ökologischer und gesellschaftlicher Form nachhaltig zu gestalten,

- bei der Vereinfachung von Baurecht darauf zu achten, dass barrierearmes bzw.
 barrierefreies Bauen in einer älter werdenden Gesellschaft für immer mehr Zielgruppen wichtig ist.
- 34
- 35 <u>Begründung:</u>
- 36 geht aus dem Antragstext hervor

Antragsteller:

CDA Berlin

Drucksache 302
Empfehlung der
Antragskommission:
Überweisung an Landesfachausschuss Integration,
Landesfachausschuss
Wohnen und an die
"Berliner Runde"

Gegenstand des Antrages:

Nutzung von Modularen Unterkünften für Flüchtlinge (MUF) auch für Obdachlose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Personen ermöglichen!

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Fraktion des Abgeordnetenhauses wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass sich die vom
- 2 Senat geplante Nutzerweiterung von MUFs auch auf Obdachlose und von Wohnungslosigkeit
- 3 bedrohte Personen erstrecken soll.

4 5

6 Begründung:

- 7 Die vom Senat ins Auge gefasste Gesetzesänderung mit dem Ziel, nicht ausgelastete MUFs nicht
- 8 nur für Flüchtlinge, sondern neu auch für Studenten und Senioren zu öffnen, ist zu begrüßen,
- 9 greift jedoch zu kurz. Großer Bedarf an zusätzlichen Unterbringungsmöglichkeiten besteht vor
- 10 allem bei Obdachlosen und von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen.

Antragsteller:

CDA Berlin

43. Landesparteitag der CDU Berlin Anlage zum Tagesordnungspunkt 11

> Drucksache 303 Empfehlung der **Antragskommission:** Überweisung an Landesfachausschuss Integration, Landesfachausschuss Wohnen und an die "Berliner Runde"

Gegenstand des Antrages:

Studentenwohnraum sofort schaffen!

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die CDU Berlin fordert, dass 12 der 25 neu geplanten MUF (modulare Unterkünfte) ausschließlich als Studentenwohnheime verwendet werden.

3 4

5

6 7

8 9

10

11

1 2

Begründung:

5000 neue Wohnplätze für Studenten wurden im Jahr 2013 angekündigt. Bis heute sind nur wenige hundert der geplanten Wohnungen entstanden. Doch der Bedarf ist groß. Mehr und mehr Studenten kommen nach Berlin um hier zu studieren. Doch immer weniger können sich die Mieten leisten und sind auf eine Kombination aus BAföG, Zuschüssen von den Eltern, Minijob oder Tätigkeiten als Werksstudent angewiesen. Der Bedarf an Wohnraum für Studenten und Auszubildende ist hoch. Jedoch sinkt die Anzahl der Baugenehmigungen für Wohnraum unter der linken Senatorin Lompscher immer weiter.

12 13 14

15

16 17

18

19

In Berlin sollen 25 neue MUF, sogenannte modulare Unterkünfte, entstehen. Zu Beginn sollten die neu gebauten MUF ausschließlich für Flüchtlinge sein. Dazu sagte die Senatorin für Integration Elke Breitenbach: "Damit schaffen wir ausschließlich Wohnungen für Geflüchtete. Wo es möglich ist, werden wir aber gemeinsam mit den Bezirken Konzepte entwickeln, um sofort bezahlbaren Wohnraum für alle anbieten zu können. Andere der modularen Bauten werden dann später zu Mieten weiteren Wohnungssuchenden offenstehen." (Internetseite günstigen Senatsverwaltung, https://www.berlin.de/sen/finanzen/presse/nachrichten/artikel.688079.php)

20 21 22

23

Eine Priorisierung des Wohnraumes für Flüchtlinge darf nicht zu Lasten des akuten Wohnungsbedarfs der Studenten erfolgen. Unterschiedliche Bevölkerungsgruppen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Mit der Verwendung von 12 der 25 geplanten und bis 2021

24 errichteten Wohnräume für Studenten könnte die Situation teilweise entschärft werden. Der Senat 25

rechnet vor, dass bis zu 500 Menschen in einer MUF unterkommen können. Das vom Senat

26

gesetzte Ziel mit 5000 neuen Studentenwohnungen kann somit zeitnah umgesetzt werden. 27 28 Ohnehin sollen MUF in naher Zukunft als Studentenwohnraum genutzt werden. Landeseigene

29 Wohnungsbauunternehmen sollten hier Vorbilder für günstige Mieten und sozialverträglichen

Wohnraum sein. 30

- 31 Taten statt Phrasen: Wir sehen den Senat in der Pflicht, sein Versprechen für mehr
- 32 Studentenwohnungen zu halten und endlich Lösungen aufzuzeigen!

Antragsteller:

JU Berlin

43. Landesparteitag Seite 2 von 2

Drucksache 304
Empfehlung der
Antragskommission:
erfolgt mündlich

Gegenstand des Antrages:

"Digitales Berlin"

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Digitalisierung ist ein bestimmendes Thema unserer Zeit. Sie ist ein gesellschaftlicher Veränderungsprozess, der auf alle gesellschaftlichen Felder einwirkt. Digitalisierung verändert die Art und Weise, wie wir unser Leben leben, im privaten und im beruflichen. Sie wirkt auf die Art und Weise ein, wie wir miteinander kommunizieren und wie wir arbeiten.

5 6

7

8

9

Unser Berufsleben wird vom Einsatz moderner Technologien bestimmt. Dies kann unmittelbar durch den Umgang mit Hochtechnologie oder im Hintergrund durch die Planung und Strukturierung unseres Arbeitstages geschehen. Im privaten Leben kommen wir jeden Tag mit der

Strukturierung unseres Arbeitstages geschenen. Im privaten Leben kommen wir jeden Tag mit de

Digitalisierung in Berührung, sei es durch unser Smartphone, am PC, oder dem High-Tech-

10 Fernseher.

11

Die Bundesregierung hat einen Digitalrat einberufen und im Kanzleramt ist eine Abteilung eingerichtet worden, die "für eine Bündelung und Koordinierung der mit Digitalisierung verbundenen Fragen" steht. Die Schwerpunkte bei diesen Programmen und neuen Institutionen liegen in der strategischen Betrachtung der Zukunft der Arbeit, dem Umgang mit Künstlicher Intelligenz – einem mächtigen Tool aus dem Werkzeugkasten der Informatik – und dem gesellschaftlichen Nutzen aber auch den Gefahren, die aus der Digitalisierung resultieren.

18 Unsere Stadt Berlin strahlt eine ungeheure Attraktivität auf Startups aus. Ein bedeutender Teil der

19 Unternehmer ist auf dem Gebiet der Digitalisierung unterwegs. Dies gilt auch für große Teile der

Berliner Kreativwirtschaft. Auch in anderen Bereichen ist unsere Stadt ein Leuchtturm für die Zukunftsfelder unserer Gesellschaft. So zieht die *re:publica* seit 2007 einen großen Teil der

22 Menschen an, die sich in der Netzpolitik engagieren. Berlin ist Sitz einiger bedeutender

wissenschaftlicher Institutionen, die moderne Techniken als ihren Forschungsschwerpunkt setzen

24 – so zum Beispiel das Fraunhofer Heinrich-Hertz-Institut, das Fraunhofer Institut für Offene

Datenkommunikation, das Fraunhofer Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik,

26 das Max-Planck-Institut für molekulare Genetik oder das Max-Planck-Institut für

27 Infektionsbiologie sowie unsere drei Universitäten Freie Universität, Technische Universität und

Humboldt Universität. Die Aufzählung ist nicht abschließend, sondern dient lediglich als Beispiel.

29 Besondere Aufmerksamkeit genießt unsere Stadt auch im nächsten Jahr, wenn 2019 der

30 internationale UN-Multistakeholder-Prozess für die Regulierung des Internet (Internet

31 Governance Forum) erstmalig auf Einladung der Bundesregierung hier in Berlin tagt.

- Auch die CDU Berlin ist sich der Bedeutung des gesellschaftlichen Veränderungsprozesses der 32
- Digitalisierung bewusst und will deswegen dem Bereich der Digitalisierung zukünftig wesentlich 33
- 34 mehr politische Aufmerksamkeit entgegenbringen. Ziel soll die Förderung des gesellschaftlichen
- 35 Nutzens aus der Digitalisierung sein. Die Vorteile für die Gesellschaft sollen vielen zugutekommen
- 36 und nicht nur den Nutzen einiger weniger mehren. Gleichzeitig gilt es auch, mögliche Gefahren
- und negative Entwicklung zu erkennen und geeignete politische Lösungen zu entwickeln. 37
- Wir wollen unterstreichen, dass die CDU Berlin den Anspruch einer großen bürgerlichen 38
- Volkspartei hat, gesellschaftliche Veränderungen zu erkennen und diese politisch zu begleiten. Die 39
- CDU Berlin ist in der Gegenwart verankert und gestaltet aktiv die Zukunft unserer Hauptstadt. 40

41

43

44

45

42

1. Digitale Präambel

- Die CDU Berlin versteht die Digitalisierung als Treiber fundamentaler gesellschaftsverändernder Prozesse. Sie beeinflusst die Art und Weise wie wir miteinander kommunizieren, wie wir arbeiten,
- 46 wie wir uns informieren, wie wir lernen, wie wir leben.

47

- 48 Wir von der CDU Berlin begegnen diesen Veränderungen aufgeschlossen, positiv und konstruktiv.
- 49 Die Digitalisierung birgt das Potenzial eines Lebens in größerer Freiheit und größerem Wohlstand.
- Die Digitalisierung ist ein Schlüssel, zu einem Leben in größerer persönlicher Erfüllung, mehr 50
- Stabilität und mehr Wohlstand. 51

52 53

- Von der Digitalisierung können aber auch große Risiken ausgehen. Ihre Mechanismen machen es
- 54 möglich, dass sich Gefahren sehr schnell potenzieren und in sehr kurzer Zeit negative
- 55 Auswirkungen auf große Teile der Gesellschaft haben können. Dies gilt für falsche Informationen
- genauso, wie für Bedrohung des Cyber-Raumes, die sich unmittelbar im öffentlichen Raum 56
- manifestieren können beispielsweise ein Angriff auf die Stromversorgung. 57

58 59

60

- Die CDU Berlin will deswegen die Digitalisierung zukünftig noch stärker politisch begleiten, damit sie möglichst vielen zugutekommt und nicht nur den Nutzen einiger Weniger mehrt oder gar von
- einzelnen zur Destabilisierung unserer Gesellschaft missbraucht wird.

61 62 63

- Bei der politischen Begleitung der Digitalisierung stehen Transparenz und Teilhabe im
- Vordergrund. Die für Laien vielfach komplexen Vorgänge sollen auch einem Nichtfachpublikum 64
- 65 verständlich nähergebracht werden, so dass möglichst Viele sich ein eigenes Bild machen und eine
- damit einhergehende politische Einordnung vornehmen können. Nur so werden Ängste 66
- 67 genommen, ein sachlicher Umgang mit den neuen technischen Erfindungen ermöglicht und deren
- 68 Potenziale erkannt und erschlossen.

69

70 71

2. Einrichtung einer Enquete-Kommission Digital

- 72 Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand mit der Einrichtung einer Enquete-
- 73 Kommission (oder "Digitaler Beirat") für die Erstellung und spätere Umsetzung einer politischen
- 74 Digitalisierungs-Agenda. Der bereits bestehende Arbeitskreis Digitalisierung des KV Steglitz-
- Zehlendorf, der von Dr. Matthias Gronholz moderiert wird, nimmt sich der organisatorischen 75
- Vorbereitung der Enquete-Kommission an und bereitet einen entsprechenden Vorschlag für eine 76
- 77 der nächsten Landesvorstandssitzungen vor. Die Enquete-Kommission wird möglichst aus
- 78 Personen mit Vorerfahrung aus dem Digitalisierungsbereich besetzt. Die Enquete-Kommission
- 79 wird durch die Landesgeschäftsstelle unterstützt.

- 80 Die Hauptaufgaben werden sein:
 - Die Evaluierung des Digitalisierungspotenzials für die Hauptstadt.
 - Die Erarbeitung eines Vorschlags einer Digitalisierungs-Agenda der CDU Berlin.
 - Die Beratung der unterschiedlichen Landesfachgruppen, die von der Digitalisierung betroffen sind.

Die noch zu liefernden Ansätze werden große, zukunftsweisende Ansätze für unsere Hauptstadt sein, die spürbare und messbare Fortschritte in den jeweiligen Politikfeldern erzeugen werden.

Eine wichtige zusätzliche Aufgabe wird die Sensibilisierung der CDU Berlin für die Digitalisierung sein. Hierzu werden Veranstaltungen in den Kreisverbänden durchgeführt, in denen den Mitgliedern der Einsatz moderner Digitalisierungsinstrumente in der öffentlichen Verwaltung und im Bereich der inneren Sicherheit nähergebracht wird.

Ziel ist ein eigenes aussagekräftiges, zukunftsweisendes und attraktives Programm zur Nutzung der Digitalisierungsvorteile für die Wahl 2021.

Nachfolgend werden zunächst programmatische Prüfungsaufträge für insgesamt vier Politikfelder formuliert, derer sich die Enquete-Kommission annimmt:

- 2.1 Digitalisierung und Verwaltung
- Die Digitalisierung bietet die Möglichkeit, einen sehr großen Teil der öffentlichen Verwaltung effizienter zu gestalten und im Zuge eines Transformationsprozesses Verwaltungsprozesse zu überdenken und möglicherweise gänzlich neu zu gestalten.

Ein großer Teil der Verwaltungsdienstleistungen lässt sich so digitalisieren, dass er bequem online und vor allem sofort durch die Bürgerinnen und Bürger initiiert werden kann. Estland ist hier Vorreiter. Lediglich ganz wenige Handlungen sind in dem baltischen Staat nicht von der Digitalisierung erfasst. Dazu zählen Eheschließungen und -scheidungen, sowie Immobilienkäufe- und -verkäufe. Alle anderen Leistungen sind schnell von daheim zu erledigen oder zumindest so anzustoßen, dass Verwaltungsdienstleistungen, wie Personalausweise, Reisepässe oder Kfz- Scheine nur noch in der Verwaltung abgeholt werden müssen.

In unserer Hauptstadt ist die Effizienz der öffentlichen Verwaltung für viele Bürger ein Ärgernis. Dabei liegt dies nicht immer an den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, vielfach sind die Büros und auch die zur Anwendung kommenden Verfahren nicht mehr zeitgemäß. Eine behutsame aber dennoch konsequente Umstrukturierung hin zu digitalen Verfahren wird nicht nur unsere Verwaltung schneller machen und stärker motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst bilden, sondern auch ein echter zukünftiger wirtschaftlicher Standortvorteil sein. Außerdem spart das Land Berlin hier Ressourcen ein, die woanders besser eingesetzt werden können. Estland mit seiner Population von 1,3 Millionen Einwohnern spart durch die Digitalisierung jährliche 800 Jahre Verwaltungsarbeit ein.

Wir wollen einen großen Teil unserer Verwaltung und ihrer Leistungen in die Digitalisierung überführen. Bei der Transformation traditioneller Verwaltungsprozesse orientieren wir uns daran, was den Bürgerinnen und Bürgern nutzt. Dabei wird Verwaltungshandeln stets auch grundsätzlich hinterfragt und in Einzelfällen durchaus grundsätzlich neu ausgerichtet werden. Nach der digitalen

Transformation laufen die Prozesse viel schneller und vor allem effizienter. Die CDU hat in ihrer Regierungszeit mit der Verabschiedung des E-Government Gesetzes eine wichtige Grundlage für diesen Prozess beschlossen.

Für die wichtige Ansiedlung neuer Unternehmer ist eine effizient arbeitende Verwaltung ein enormer Standortfaktor. Gleiches gilt für bereits ansässige Unternehmen. Wie stark die Attraktivität durch eine effiziente Bürokratie gesteigert werden kann, zeigt wiederum das Beispiel Estlands: eine Vielzahl von Unternehmerinnen und Unternehmern, die ihren Sitz in einem anderen EU-Mitgliedsland haben, haben dennoch ihre geschäftliche Tätigkeit in Estland angemeldet. Sie können dort auch ihre Steuern zahlen. Estland rechnet damit, dass für jeden investierten Euro in die digitalisierte Verwaltung rund 100 Euro durch Neuansiedlung – auch digitaler – zurückkommen. Singapur und Japan haben vor geraumer Zeit bereits Delegationen in den baltischen Staat geschickt, um zu sehen, wie viel des estnischen Programms auf ihre Länder übertragen werden kann. Auch wir wollen uns diesen zukunftsweisenden Verfahren nicht länger verschließen und deswegen schauen, wie wir die Verwaltung unserer schönen Stadt für die

Die Enquete-Kommission Digitalisierung wird eruieren, wie ein Transformationsprozess in der
 öffentlichen Verwaltung unserer Hauptstadt umzusetzen wäre. Dies gilt zunächst der
 Identifizierung eines geeigneten Bereichs, von dem bei entsprechendem Erfolg auf andere Gebiete

Identifizierung eines geeigneten Bereichs, von dem bei entsprechendem Erfolg auf andere Gebiete

148 der Verwaltung übertragen werden kann.

Zukunft fit machen können.

Gleichzeitig wird überprüft, ob die Lösung mit einem ITDZ-(IT-Dienstleistungszentrum) in seiner jetzigen Ausgestaltung zielführend ist und ob das ITDZ hierfür gut genug aufgestellt ist. Die Enquete-Kommission holt für ihre Analyse auch Expertise aus bereits erfolgreich digitalisierten Städten und Staaten ein. Es wird überprüft werden, inwiefern die dortigen Vorgehensweisen auf Berlin übertragen werden können. Die Ergebnisse werden zum nächsten Landesparteitag präsentiert und dann als Grundlage für das weitere politische Vorgehen herangezogen werden. Ziel ist eine moderne an heutige Gegebenheiten angepasste öffentliche Verwaltung, die schnell und qualitativ gut arbeitet und auch der Hauptstadt des wirtschaftlich stärksten Landes der Europäischen Union würdig ist.

2.2 Digitalisierung und öffentliche Sicherheit

Die Schaffung und Erhaltung innerer Sicherheit ist eine Kernkompetenz der CDU. Die Union will Berlin nicht nur sicherer machen, sondern bei der Sicherheitspolitik auch zum Vorbild für andere Großstädte werden lassen. Der Einsatz moderner Instrumente der Digitalisierung wird dabei behilflich sein. Dies sind zum einen moderne Führungs- und Informationssysteme, die die Beamtinnen und Beamten noch vor Erreichen des Einsatzortes mit relevanten Daten versorgen, damit der Einsatz sicherer, erfolgreicher und effizienter durchgeführt werden kann. Zum anderen soll der Einsatz von Prognosesoftware geprüft werden. Diese Programme arbeiten mit Künstlicher Intelligenz, die in einem bestimmten Grad Delikte hinsichtlich des Ortes und der Zeit voraussagen können. Diese Software kommt in anderen Ländern und auch in anderen Bundesländern zum Einsatz. Sicherlich stehen solche Prognoselösungen erst am Anfang, sollten aber dennoch in der Entwicklung weiter unterstützt werden. Die CDU Berlin will solche zukunftsträchtigen Instrumente unterstützen und in Berlin mittels Pilotprojekten zur Anwendung bringen.

- Die Umsetzung soll zunächst nur auf einen bestimmten Bezirk und bestimmte Delikte getestet 174
- werden. Dabei stützen wir uns auf bereits gemachte Erfahrungen im nationalen und 175 internationalen Raum.

176

177

- Weitere wichtige Instrumente werden moderne Polizeiführungs- und -informationssysteme sein. 178
- Smartphones mit spezieller Software versorgen die Polizistinnen und Polizisten nicht nur mit 179
- wertvollen Informationen zu Einsätzen, sie ermöglichen es auch, biometrische Daten wie 180
- Fingerabdrücke gleich vor Ort einzusehen und abzugleichen. 181

182

- 183 Sollte das Pilotprojekt erfolgreich verlaufen, wird es auf weitere Bezirke ausgeweitet. Gleichzeitig
- wird die Einsatzkräfteführung diesen modernen Systemen angepasst. Am Ende stehen eine 184
- hochmoderne Einsatzleitung und ebenso ausgerüstete Polizistinnen und Polizisten. Gerade beim 185
- Personal sollen diese ihren Kolleginnen und Kollegen aus den süddeutschen Bundesländern, weder 186
- 187 bei der Ausrüstung noch bei der Bezahlung, in nichts nachstehen.

188

- 189 Die CDU Berlin wird sich auch für die Erhöhung der Cybersicherheit stark machen.
- 190 Infrastrukturnetzwerke als wichtige Voraussetzung für unseren wirtschaftlichen Wohlstand, wie
- 191 u.a. Strom und Wasser, müssen besser und wirkungsvoller vor Manipulation von außen geschützt
- werden. 192

193

- Die Enquete Kommission Digitalisierung überprüft, wie mittels Instrumente der Digitalisierung die 194
- Innere Sicherheit Berlins verbessert werden kann. Die Cybersecurity wird Bestandteil dieses 195
- Konzeptes. 196

197 198

- 2.3 Digitalisierung und Bildung
- Wissen ist totes Wissen, wenn es nicht angewendet werden kann. Wissen einfacher und für noch 199
- mehr Menschen schnell verfügbar zu machen, darin liegt ein enormes Potential der Digitalisierung. 200
- 201 Wir als CDU streben beste Bildungschancen und Zugang zur Bildung für Jederfrau und Jedermann
- an. Wir sind davon überzeugt, dass unser Land die beste Bildung braucht Bildung für unsere 202
- Kinder, Erwachsenenbildung und berufliche Fort- und Weiterbildung. Bildung schafft Kompetenz, 203
- mit Bildung wird Wissen generiert und Wissen angewendet, Bildung schützt vor Demagogie und 204
- 205 Populismus, Bildung stärkt die Fähigkeit, sich vom Vorurteil zur Urteilsfähigkeit entwickeln zu
- können, Bildung ermöglicht die Übernahme von Eigen- und Fremdverantwortung. 206

- 208 Dabei können uns digitale Bildungsangebote unterstützen und die traditionelle
- 209 Wissensvermittlung in den Schulen und Hochschulen verbessern, zum Beispiel in Form von
- Onlinekursen. Doch gerade im Bereich der Grundschulen und in den Sekundärstufen I und II wird 210
- auch weiterhin aus pädagogischen Gründen der Präsenzunterricht Vorrang haben müssen. Lehre 211
- 212 ist seit Menschengedenken die persönlich begleitende und motivierende Heranführung an das
- 213 Lernen, an den Erwerb von Wissen und Fähigkeiten. Maschinen können auf absehbare Zeit diese
- 214 individuelle Motivationsleistung von Menschen nicht ersetzen. Aber trotzdem können durch den
- 215 Einsatz digitaler Medien in Form, z.B. durch interaktive Lernhilfen, bestehende Lehr- und
- 216 Lernformen ergänzt werden und die Qualität des Unterrichts nennenswert angehoben werden.
- Die Vernetzung macht es Lernenden möglich, Kommunikation mit anderen gleichermaßen 217
- interessierten aber bis dato zeitlich oder örtlich unerreichbaren Menschen zu führen und dadurch 218
- deren Horizonte und Erfahrungen kennenzulernen. Wo Ideen und Projekte mangels 219
- 220 Austauschraum bislang zur Verkümmerung von individueller Klasse geführt haben, können diese
- 221 Systeme den für Diskurs und Experiment nötigen Resonanzraum schaffen.

- Dazu sind sowohl Mittel für eine entsprechende Ausstattung der Schulen einzuplanen als auch die
- 223 Lehrerinnen und Lehrer durch geeignete Fortbildungsmaßnahmen in der Anwendung
- 224 entsprechender Lehr- und Lernprogramme zu schulen. Voraussetzung hierfür ist auch beim
- Lehrpersonal ein breites Wissen auf dem Feld der Digitalisierung. Wir sehen, dass die Kompetenz
- bei der Wissensvermittlung durch die Lehrerinnen und Lehrer ganz entscheidend ist. Konkret
- 227 bedeutet dies, dass Schulen nicht zu aller erst mit Tablets oder mit Smart-Tafeln also mit
- 228 Werkzeugen ausgerüstet werden, sondern dass die Lehrer und Lehrerinnen vor allem für die
- 229 Wissensvermittlung fit gemacht werden. Ziel ist es, dass am Ende dieses Lernprozesses eine
- 230 digitale Mündigkeit und eine digitale Kompetenz sowohl auf Lehrerseite als auch bei den Schülern
- besteht. Dies ist auch wichtig, um zum einen für das Berufsleben fit gemacht zu werden und zum
- anderen, um Alltagssituationen besser meistern zu können.

innergesellschaftlichen Friedens zu gewährleisten.

233 234

Wir werden auch darauf hinarbeiten, dass zur Vermittlung des Wissens ausreichende und vor allem funktionierende IT-Technik in den Bildungseinrichtungen vorhanden ist.

235236237

238

239

240

241

242

Verfügung stellen.

Wir streben an, dass Schulen – und auf einem anderen Lernniveau auch Hochschulen – die Lernenden in allen Lehrformen dazu anregen, sich nicht nur die technischen Fertigkeiten zu erarbeiten, sondern ebenfalls zu einer digitalen Mündigkeit auszubilden. So wie Quellenkritik klassischer Medien Bestandteil des Lehrplanes ist, möchten wir auch den kritischen und selbstbewussten Umgang mit digitalen Medien wie Social-Media und Webseiten bzw. Smartphone-Apps entwickeln. Das Land soll hierzu die entsprechenden Strukturen und Programme zur

243244245

246

247

248249

250

Es geht uns darum, unsere lernenden Kinder und Jugendlichen zu aufgeschlossenen und mutigen Mediennutzern zu heranzubilden. Sie sollen das Rüstzeug an die Hand bekommen, die an sie herangetragenen «Wahrheiten» hinterfragen zu können, sich ein eigenes Urteil bilden zu können. Wir als CDU halten es für sehr wichtig, dass Schülerinnen und Schüler vom frühestmöglichen Zeitpunkt an eine bessere Einschätzung der Authentizität von Informationen innerhalb sozialer Netzwerke vornehmen können und die wirtschaftlichen Modelle, die hinter diesen Netzwerken stehen, erkennen können.

251252253

254

255

256257

258

259260

261

262

Wir möchten, dass die Schülerinnen und Schüler eine Unterscheidung zwischen "klassischem" Informatik-Unterricht und Unterricht zu "digitalem Handwerkszeug" erfahren. Es geht uns darum, dass digitale Kompetenz, das Begreifen von neuen Geschäftsmodellen durch Plattform-Anbieter auf der einen Seite sehr viel mehr Informationen und Begreifen erfordert, als es das reine technische Verständnis mit sich bringt, das im Informatikunterricht vermittelt wird. Nichtsdestoweniger ist der technische Unterricht genauso notwendig, um zu verstehen, wie Algorithmen funktionieren und welche grundsätzlichen Prinzipien hinter basalen Funktionen wie einer Suchanfrage stehen. Das ist wichtig, um z.B. die Qualität des Suchergebnisses einschätzen zu können, also zu verstehen, wie das Filtern und die Gewichtung von Relevanz funktionieren. Über diese Fähigkeiten verfügen zu können, bedeutet, die Sicherung eines Grundpfeilers unseres

263264

Teil unserer digitalen Bildungsoffensive und damit einhergehenden Aktualisierung der Rahmenlehrpläne und Ausbau der Schulen und Hochschulen zu modernen Bildungs-Agenturen ist es auch, die berufliche Bildung verbessern. Wir denken, dass kluge und hochmotivierte Auszubildende die besten Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Die Bundesregierung strebt in der laufenden Legislatur bereits mit einem Berufsbildungspakt an, die berufliche Bildung zu modernisieren und attraktiver machen und in diesem Zusammenhang auch den beruflichen Aufstieg durch "Aufstiegs-BAföG" zu fördern.

271272

270

273 Diesen weiteren Baustein sehen wir als Bundesland Berlin in der Anpassung unseres dualen 274 Bildungssystems an die neuen Herausforderungen ebenso: Gerade in den Berufsschulen muss der Umgang mit hochaktuellen Techniken einen breiteren Raum einnehmen. Diese Fähigkeiten werden 275 künftig unser Arbeiten zentral bestimmen und müssen als Kernkompetenzen auch in kleineren 276 Firmen vorhanden sein, ganz unabhängig vom jeweiligen Schwerpunkt in der Ausbildung. Als Land 277 278 möchten wir auch an den Fach- und Berufsschulen die Fähigkeiten eines kritischen 279 Medienumgangs erschließen und analog zu den Schulen und Hochschulen die Möglichkeiten des 280 Rahmenlehrplans ausweiten, um durch den Einsatz digitaler Angebote und das Schulangebot für digitale Bildung - im umfassenden Sinne wie oben beschrieben - zu etablieren. Digitale Bildung und 281 digitale Kompetenz sind nicht auf einzelne Schulformen begrenzt, sondern Teil jeglicher Bildung 282 283 für alle Lebenswege.

284 285

2.4 Digitalisierung und Forschung

Wir von der CDU Berlin wollen, dass unsere Hauptstadt noch stärker Forschungsschwerpunkt von Zukunftstechnologien wird.

287 288 289

290291

292293

294

295

296

297298

299

300

301

302

303

286

Ein Hauptaugenmerk liegt dabei auf den mathematisch, naturwissenschaftlichen und ingenieurswissenschaftlichen Studiengängen. Deutschland bezieht seine wirtschaftliche Stärke und damit auch einen großen Teil seiner politischen Unabhängigkeit aus einem technischen Vorsprung im harten internationalen Wettbewerb. Die Produkte deutscher Ingenieurskunst stehen weltweit für höchste Qualität. Wir wollen diese Position im harten internationalen Wettbewerb auch für die Zukunft sichern. Berlin kommt dabei eine besondere Rolle zu. Unsere Stadt ist bereits jetzt Heimat vieler bedeutender Forschungsstätten. Dazu gehört beispielsweise neben dem Fraunhofer Heinrich-Hertz-Institut, das Fraunhofer Institut für Offene Datenkommunikation, das Fraunhofer Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik, das Max-Planck-Institut für molekulare Genetik oder das Max-Planck-Institut für Infektionsbiologie, sowie unsere drei Universitäten Freie Universität, Technische Universität und Humboldt Universität. In unmittelbarer Nähe zu unserer Hauptstadt ist das Hasso-Plattner-Institut in Potsdam ansässig, das seinen Schwerpunkt im weitesten Sinne bei der Informationstechnologie hat. Neben den Hochschulen und den Instituten gehören hierzu auch das Naturkunde Museum und der Botanische Garten. Die Aufzählung ist nicht abschließend, sondern dient lediglich als Beispiel. Wir wollen das weiter verstärken.

304 305 306

307 308

309

310

311

Gerade die modernen Instrumente der Digitalisierung, an erster Stelle die Tools der künstlichen Intelligenz, machen derzeit Forschungsvorhaben realistisch, die noch vor wenigen Jahren unmöglich waren. Dies hat sich auch die Bundesregierung zu eigen gemacht und gerade dem Bereich der künstlichen Intelligenz eine besondere Bedeutung eingeräumt. Wir von der CDU Berlin wollen dies noch stärker fördern und ganz konkret interdisziplinäre Forschungs- und Lehrmöglichkeiten weiter fördern. Bei den naturwissenschaftlichen Fächern wollen wir auch den Bereich Health-Care und Life-Science stären.

312313314

315

316

Bestehende Forschungseinrichtungen wollen wir bei der Einführung von Digitalisierungstechniken und der Einführung smarter Systeme behilflich sein. Dies gilt konkret für die Digitalisierung der botanischen Sammlung des Botanischen Gartens.

317	Ein weiteres Projekt wird der Einsatz smarter Technologie in der Rettungsstelle der Charité sein.
318	Die Digitalisierung ermöglicht auch in der Gesundheitsversorgung, bessere Betreuung, schnellere
319	Diagnosen, moderne Verfahren bei der Erkennung und Heilung von Krankheiten. Mit dem
320	geplanten Neubau der Rettungsstelle am Campus Benjamin Franklin der Charité, erhält Berlin eine

- der modernsten Rettungsstellen Deutschlands, die in der Gesundheitsversorgung und Forschung
- 322 auch mit Hilfe der Digitalisierung neue Möglichkeiten der Patientenbetreuung eröffnet.
- Telemedizin ist da nur eines der zahlreichen Anwendungsgebiete. Hier soll durch Einsatz moderner Diagnosesysteme die Auswahl der erfolgreichsten Therapie optimiert werden.

325

Die Enquete-Kommission Digitalisierung eruiert, inwieweit mit dem Bund eine Verstärkung des Forschungsstandortes Berlin bei neuen Technologien möglich ist. Ein möglicher Schwerpunkt wird das Thema Künstliche Intelligenz sein. Wir werden als CDU Berlin insbesondere prüfen, welche interdisziplinären Felder sich für diesen speziellen Bereich der Informatik eignen.

330 331

2.5 Weitere Digitalisierungsfelder

Die für geeigneten Politikfelder sind nicht abschließend aufgezählt. Weitere Projektstudien könnten beispielsweise auch noch für die Bereiche Verkehr und Medien durchgeführt werden, die zu gegebener Zeit in die Formulierung von politischen Programmen münden.

335336

Zusammenfassung:

337338339

340

341

342

Wir wollen:

- Den gesellschaftlichen Nutzen der Digitalisierung fördern.
- Ängste nehmen.
- Einen sachlichen Umgang mit den neuen technischen Erfindungen ermöglichen.
 - Digitalisierungs-Potenziale erkennen und erschließen.

343344345

346

347

348

349

Einrichtung einer Enquete-Kommission Digitalisierung / Digitaler Beirat mit der Aufgabe:

- Die CDU Berlin für Potenziale aber auch Gefahren der Digitalisierung sensibilisieren.
- Digitalisierungspotenziale evaluieren.
- Politische Digitalisierungs-Agenda erarbeiten, von der Digitalisierung betroffene Landesfachgruppen unterstützen.

350351352

Ziel: Aussagekräftiges, zukunftsweisendes und attraktives Programm zur Nutzung der Digitalisierungsvorteile für die Wahl 2021.

353354355

356

357

358

361

4 Politikfelder mit konkretem Untersuchungsauftrag:

Aus der Vielzahl möglicher Politikfelder wird zunächst auf solche abgestellt, bei denen ein direkter Erfolg für die Menschen in Berlin – im Bereich Forschung für die Außensicht auf unsere Stadt – unmittelbar erkennbar sein wird.

359 1. Verwaltung

- Öffentliche Verwaltung effizienter machen.
 - Verwaltungsleistungen online erbringen.
- Best-Practice-Beispiele analysieren und ggf. übernehmen.

- 363 2. Innere Sicherheit
- Hochmoderne Einsatzleitung und Ausrüstung der Polizistinnen und Polizisten aufbauen.
- Moderne Führungs- und Informationssysteme einrichten.
- Smartphones mit spezieller Software einsetzen, um biometrische Daten wie z.B.
- 367 Fingerabdrücke vor Ort abzugleichen.
- Prognosesoftware zur Berechnung von Deliktschwerpunkten einsetzen.
- Cybersicherheit erhöhen.
- Infrastrukturnetzwerke (wie Strom und Wasserversorgung) vor Manipulation von außen effektiv schützen.

372

- 373 3. Bildung
- Beste Bildungschancen für jeden Menschen in Berlin umsetzen.
- (Verpflichtende) Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer einrichten, um kritischen Medienumgang der Ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schüler zu fördern.
- Rahmenlehrpläne um zielgerichtete digitale Bildung erweitern.
- Unterstützung durch digitale Bildungsangebote nutzen.
- Berufliche Bildung verbessern: Mehr "Raum" für Digitales in Berufsschulen.

380

- 381 4. Forschung
- Forschungsstandortes Berlin bei Zukunftstechnologien wie bspw. "Life-Science" verstärken.
- Interdisziplinärer Forschung und Lehre fördern.
- Forschung, insbesondere zu künstlicher Intelligenz, besser unterstützenAntrag "Digitales
 Berlin"

Antragsteller:

Dr. Matthias Gronholz, Götz Müller, Cornelia Wörster u.a. für den Arbeitskreis Digitalisierung des CDU-Kreisverbandes Steglitz-Zehlendorf

Drucksache 305 **Empfehlung der Antragskommission:**Annahme

Gegenstand des Antrages:

Verlängerung der U6 bis nach Lichtenrade

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die CDU Berlin fordert eine Verlängerung der U6 bis nach Lichtenrade im Verlauf der B96.

2 3 4

5

6 7

8

9

10

11

12

13 14 Begründung:

Keine wachsende Großstadt erlaubt es sich, seine U-Bahn nicht auszubauen und setzt stattdessen wie Rot-Rot-Grün auf die langsamere Straßenbahn, die noch dazu in Konflikt mit anderen Verkehrsteilnehmern wie Auto- und Fahrradfahrern gerät. Ein sinnvoller Grund, warum die U6 bereits in Alt-Mariendorf endet und nicht an der Stadtgrenze, ist nicht erkennbar. Im Gegenteil: Eine stark wachsende Stadt wie Berlin braucht leistungsfähige Verbindungen in alle Stadtgebiete. Die B96 ist bereits heute eine vielbefahrene Straße und auch das Umsteigen in den Bus verkompliziert für viele Pendler ihre Reise. Lange wurde das Wachstum Berlins in der Verkehrspolitik verkannt, jetzt ist es Zeit, endlich zu handeln. 10,5 Millionen Wege und Fahrten werden in Berlin pro Tag absolviert. Dafür muss die Infrastruktur bereitgestellt werden, die einer modernen Großstadt würdig.

Antragsteller: JU Berlin

43. Landesparteitag

Drucksache 305

43. Landesparteitag der CDU Berlin Anlage zum Tagesordnungspunkt 11

Drucksache 306
Empfehlung der
Antragskommission:
Annahme in der Fassung
der Antragskommission

Gegenstand des Antrages:

Bessere Anbindung des unmittelbaren Umlands: S-Bahn-Verlängerung und -ausbau prüfen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Nicht zuletzt, um den Wohnungsmarkt und den Straßenverkehr in Berlin zu entschärfen, braucht die wachsende Stadt eine deutlich bessere Anbindung an ihr Umland. Wir fordern deshalb, an *allen* S-Bahn-Strecken die folgenden drei Dinge zügig zu prüfen und dann schnell anzugehen:

- 1. Verlängerung der S-Bahn-Linien ins Umland (z. B. nach Stahnsdorf, Rangsdorf oder Falkensee)
- 2. zweigleisiger Ausbau auch außerhalb der Berliner Stadtgrenze, um so Taktzeiten erhöhen zu können
- 3. neben der Stammbahn Prüfung der Wiederinbetriebnahme weiterer stillgelegter S-Bahn-Strecken (z. B. Friedhofsbahn, Siemensbahn).

Begründung:

Vielfach wurden Entscheidungen nach der Wende basierend auf der Annahme eines Bevölkerungsrückgangs in Berlin getroffen. Seit beinahe 20 Jahren ist aber nun klar, dass diese Annahme falsch war und Berlin in Zukunft immer weiter wachsen wird. Schätzungen zufolge könnten bis 2050 fast zwei Drittel der Weltbevölkerung in Städten leben und Berlin wird dabei keine Ausnahme bleiben. Da selbst bei erhöhter Bautätigkeit, die ebenfalls dringend nötig ist, der kurz-, mittel- und langfristige Bedarf an Wohnraum nicht vollständig wird gedeckt werden können, liegt die Lösung in einer verbesserten Vernetzung mit dem Umland und den Randbezirken. Deshalb fordern wir eine Prüfung der oben genannten Ausbauaspekte auch dort, wo dies bereits einmal geschehen ist, da sich die Rahmenbedingungen in den letzten Jahren verschärft haben. Idealerweise sollen verbesserte Verkehrsanbindungen geschaffen werden bevor sich die Menschen aus Mangel an Alternativen verstärkt an den entsprechenden Orten anzusiedeln beginnen. Eine kluge Verkehrspolitik muss Bevölkerungs- und Verkehrsaufkommensentwicklungen antizipieren anstatt ihnen hinterherzulaufen.

Antragsteller: IU Berlin

43. Landesparteitag Drucksache 306 Seite 1 von 1

Empfehlung der Antragskommission: Annahme folgender Version

Gegenstand des Antrages:

Bessere Anbindung des unmittelbaren Umlands: S-Bahn-Verlängerung und -ausbau prüfen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Nicht zuletzt, um den Wohnungsmarkt und den Straßenverkehr in Berlin zu entschärfen, braucht die wachsende Stadt eine deutlich bessere Anbindung an ihr Umland. Wir fordern deshalb, an *allen* S-Bahn-Strecken die folgenden drei Dinge zügig zu prüfen und dann schnell anzugehen:

- 1. Verlängerung der S-Bahn-Linien ins Umland (z. B. nach Stahnsdorf, Rangsdorf oder über Falkensee hinaus)
- 2. zweigleisiger Ausbau auch außerhalb der Berliner Stadtgrenze, um so Taktzeiten erhöhen zu können
- 3. neben der Stammbahn Prüfung der Wiederinbetriebnahme weiterer stillgelegter S-Bahn-Strecken (z. B. Friedhofsbahn, Siemensbahn).

Begründung:

Vielfach wurden Entscheidungen nach der Wende basierend auf der Annahme eines Bevölkerungsrückgangs in Berlin getroffen. Seit beinahe 20 Jahren ist aber nun klar, dass diese Annahme falsch war und Berlin in Zukunft immer weiter wachsen wird. Schätzungen zufolge könnten bis 2050 fast zwei Drittel der Weltbevölkerung in Städten leben und Berlin wird dabei keine Ausnahme bleiben. Da selbst bei erhöhter Bautätigkeit, die ebenfalls dringend nötig ist, der kurz-, mittel- und langfristige Bedarf an Wohnraum nicht vollständig wird gedeckt werden können, liegt die Lösung in einer verbesserten Vernetzung mit dem Umland und den Randbezirken. Deshalb fordern wir eine Prüfung der oben genannten Ausbauaspekte auch dort, wo dies bereits einmal geschehen ist, da sich die Rahmenbedingungen in den letzten Jahren verschärft haben. Idealerweise sollen verbesserte Verkehrsanbindungen geschaffen werden bevor sich die Menschen aus Mangel an Alternativen verstärkt an den entsprechenden Orten anzusiedeln beginnen. Eine kluge Verkehrspolitik muss Bevölkerungs- und Verkehrsaufkommensentwicklungen antizipieren anstatt ihnen hinterherzulaufen.

Drucksache 307
Empfehlung der
Antragskommission:
Überweisung an Landesfachausschuss Gesundheit und
Landesfachausschuss Jugend,
Familie und Senioren

Gegenstand des Antrages:

Ein Leben ohne Drogen – drogengefährdete Kinder und Jugendliche aus Familien, in denen bereits ein oder beide Elternteile süchtig sind, brauchen in Berlin bessere Unterstützung

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Kinder von drogensüchtigen Eltern das ist ein "Tabu". Doch gerade sie brauchen mehr Hilfe um
- 2 später nicht selbst von Drogen abhängig zu werden oder um mit dem Verlust der Eltern
- 3 zurechtzukommen. Der Drogenkonsum von Drogen synthetischen/chemischen Drogen und
- 4 drogenähnlichen Stoffen im frühen Jugendalter, aber auch schon im Kindesalter stellt dabei ein
- 5 besonderes Problem dar. Diese Drogen sind billig und leicht zu beschaffen. Für Kinder und
- 6 Jugendliche, die in Familien aufwachsen, in denen Eltern oder der alleinerziehende Elternteil mit
- 7 einer Drogenabhängigkeit kämpfen/kämpft oder deren Lebenswege dadurch bereits geprägt ist, ist
- 8 der Weg in die eigene Drogenabhängigkeit besonders kurz. Bundesweit haben 40.000 bis 60.000
- 9 Kinder drogenabhängige Eltern. Weitere rund 2,65 Millionen Mädchen und Jungen unter 18 Jahren
- 10 leben mit alkoholkranken Eltern zusammen.

11 12

13 14

15

Dieses Problem findet in unserer Stadt derzeit so gut wie keine Beachtung. Der Drogenbericht der Landesbeauftragten des Berliner Senats ist bereits mehrere Jahre alt: Er stammt aus dem Jahre 2014. In diesem Bericht des Senats wird dieser Personenkreis zudem nicht schwerpunktmäßig, d. h. mit der gebotenen Tiefe, behandelt. Eine belastbare Datengrundlage fehlt, erst recht fehlen spezifische Konzepte oder Strategien zur Hilfe.

16 17 18

19

20

21

Wesentlicher Bestandteil einer sinnvoll koordinierten Politik im Land Berlin bleibt es, den Cannabis-Konsum nicht freizugeben. Cannabis als sog. weiche Droge bildet weiterhin in vielen Fällen den Einstieg in eine Drogenkarriere. Valide Studien belegen, dass fast zehn Prozent aller Konsumenten später den Weg der Drogenkarriere mit "harten" Drogen weiter gehen und süchtig werden. Eine Legalisierung, wie von einer starken Lobby gefordert, ist da das falsche Signal.

222324

Folgende Maßnahmen sind geboten:

25 26

27 28

- Analyse der aktuellen Situation dieser Personengruppe im Land Berlin und Erhebung valider Daten durch die zuständige Senatsverwaltung,
- Schwerpunktbildung in einem dazu zu erstellenden Drogenbericht durch die zuständige Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung,

- Vorgabe von wissenschaftlich untersetzten Standards für Prävention, Entzug und weitere
 Hilfen für diese Gruppe der Kinder und Jugendlichen in Berlin,
 - Qualifizierung p\u00e4dagogischer Fachkr\u00e4fte der Bildungseinrichtung Kita und Schule,
 Suchtverhalten und Gef\u00e4hrdungspotentiale zu erkennen,
 - Entwicklung eines Programmes für die Bildung von Teams aus Sozialarbeitern und Kinderärzten im Kinder- und Jugendgesundheitsdienst der Bezirke zur Betreuung suchtkranker Familien, fachliche Betreuung von KiTas und Schulen sowohl in Bezug auf Präventionsarbeit als auch auf die Einleitung konkreter Hilfsmaßnahmen,
 - weitere Qualifizierung der Kinder- und Jugendmediziner(innen),
 - 15 Entzugsplätze für drogenabhängige Kinder und Jugendliche im Vivantes Klinikum Friedrichshain reichen nicht aus. Ausbau von stationären und ambulanten Entzugseinrichtungen speziell für Jugendliche, insbesondere Einrichtung einer 2. S stationären Suchtabteilung in der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie
 - Begleitung und Stärkung von Familien im Rahmen des Entzugs,
 - Vernetzung und direkte Zusammenarbeit der Therapieeinrichtungen, der Jugendhilfe, der Schulen und Ausbildungsstätten,
 - längerfristige individuelle Begleitung nach dem Entzug des Jugendlichen und seiner Familie,
 - Einsatz von Streetworking in Zusammenarbeit mit der Polizei an den Brennpunkten des illegalen Cannabishandels und -verkaufs.

Antragsteller: OV Lilienthal

32

33

34

35 36

37

38

39

40 41

42

43

44 45

46

47

48

49

Frauenunion OV Lilienthal

43. Landesparteitag der CDU Berlin Anlage zum Tagesordnungspunkt 11

Drucksache 308
Empfehlung der
Antragskommission:
Annahme

Gegenstand des Antrages:

CDU frauen- und familienfreundlicher gestalten -Anteil der weiblichen Mitglieder deutlich erhöhen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die CDU Berlin hat bislang einen Anteil weiblicher Mitglieder von 32 Prozent. Damit wird deutlich, dass sich die gesellschaftlichen Realitäten, also der Anteil von Männern und Frauen in der Gesellschaft, bei den Mitgliedern der CDU Berlin bislang nicht zufriedenstellend widerspiegeln.

4 5

Ziel muss es sein, dass sich in Ämtern und Mandaten die Zusammensetzung der Gesellschaft widerspiegelt. Hierfür ist der bisher unterdurchschnittliche Anteil der Frauen in der Mitgliedschaft der CDU zu steigern.

7 8 9

10 11

12

13 14

15 16

6

Für viele Frauen ist es – gerade wenn ihr politisches Engagement erst nach Einstieg in den Beruf und der Gründung einer Familie erfolgt – oftmals gar nicht machbar, zusätzlich noch politische Aktivitäten mit ihrem sonstigen Leben zu vereinbaren. Das ehrenamtliche oder gar berufliche Engagement in der CDU muss auch für interessierte, engagierte Frauen machbar und mit Kindern und Familie vereinbar sein. Das Wissen, die Erfahrungen und die Sichtweisen gerade von Frauen, die Beruf und Familie bereits vereinbaren, würden die CDU erheblich bereichern. Auch in der Lebensphase mit kleinen und auch größeren Kindern muss es Frauen möglich sein, sich familienverträglich einzubringen. Daher stellt sich die Frage, welche Parameter eine höhere Beteiligung von Frauen in der aktiven Mitgliedschaft fördern würden.

17 18 19

20

Der Landesverband der CDU Berlin bekennt sich zu den folgenden Grundsätzen und bietet seinen Kreisverbänden und Vereinigungen an, hier im Rahmen einer Selbstverpflichtung ebenfalls ein deutliches Bekenntnis abzulegen:

212223

Politikfreier Sonntag

An Sonntagen finden keinerlei Veranstaltungen statt, es sei denn, es geht um ein gerade an das konkrete Datum anknüpfendes Gedenken.

25 26 27

24

Familienfreundliche Veranstaltungen

Am Wochenende sollen in der Regel nur familienfreundliche Veranstaltungen stattfinden, es sei denn, es ist mit dem Anlass der Veranstaltung nicht vereinbar. Bei sämtlichen mitgliederoffenen Veranstaltungen soll die CDU eine geeignete und qualifizierte Kinderbetreuung anbieten.

Effiziente Sitzungsleitung

- 33 Die Vorsitzenden von Gremien achten auf eine effiziente Sitzungsleitung. Es wird grundsätzlich
- 34 unter Angabe eines Endzeitpunktes eingeladen. Bei Terminierungen wird auf Belange von
- 35 Parteimitgliedern mit Kindern besondere Rücksicht genommen. Diskussionsveranstaltungen sollen
- die Dauer von 2 Stunden nicht überschreiten.

37 38

32

Rücksichtsvoller Umgang

- Als politischer Wettbewerber nimmt die CDU Rücksicht auf Mitglieder, deren Kind gerade zur Welt gekommen ist. Familiäre Gründe, Termine nicht wahrzunehmen, wiegen ebenso schwer wie
- 41 anderweitige berufliche oder politische Verpflichtungen und werden ebenso akzeptiert.

42 43

Politische Teilhabe

- Die CDU bietet ihren Mitgliedern, insbesondere Frauen, auch unterhalb der Landesebene eine
- 45 Mitwirkung an inhaltlichen Foren/Arbeitskreise an, die keinesfalls auf Dauer angelegt sein müssen,
- sondern sich auch an aktuellen politischen Problemen orientieren können. Dies bedeutet, dass sich
- 47 Mitglieder mit bestimmten Interessenschwerpunkten auch ohne eine Verpflichtung für
- 48 mindestens 2 Jahre dennoch aktiv einbringen können. Hierfür stellt die CDU sofern erforderlich –
- 49 die Infrastruktur zur Verfügung.

50 51

Aufgabenteilung

- Es wird geprüft, ob zumindest auf Ebene der Vereinigungen und Ortsverbände politische Aufgaben
- auch "in Teilzeit", also mit einem weiteren CDU-Mitglied, übernommen werden können. Dabei
- verpflichten sich beide Sharing-Partner, sich bei der Wahrnehmung von Terminen abzustimmen.

55 56

Junge Frauen

- 57 Die Schülerunion und Junge Union sollen bei jungen Frauen das Interesse für politische Arbeit
- 58 wecken. Hierfür sind gezielt Veranstaltungsformate zu entwickeln.

Antragsteller:

Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf

Kreisverband Mitte

Kreisverband Neukölln

Kreisverband Spandau

Kreisverband Steglitz-Zehlendorf

Kreisverband Tempelhof-Schöneberg

43. Landesparteitag der CDU Berlin Anlage zum Tagesordnungspunkt 11

Drucksache 309

Empfehlung der
Antragskommission:
Überweisung an den
Landesvorstand mit dem
Auftrag eines Berichts des
Vorsitzenden des
Zukunftsforums

Gegenstand des Antrages:

Großstadtpartei CDU Berlin: "Politik braucht mehr Frauen"

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Frauen-Union der CDU Berlin setzt u.a. einen Schwerpunkt darauf, den Anteil von Frauen in
- 2 politischen Ämtern und Mandaten deutlich zu erhöhen. Frauen nehmen heute ganz
- 3 selbstverständlich zwar noch nicht immer ganz ausreichend Führungspositionen in Staat,
- 4 Wirtschaft und Gesellschaft ein. Allerdings müssen wir feststellen, dass Frauen in politischen
- 5 Ämtern und Mandaten weiterhin deutlich unterrepräsentiert sind. Mit der Bundestagswahl 2017
- 6 ist ihr Anteil im Deutschen Bundestag sogar wieder rückläufig. Gleiches gilt für das Berliner
- 7 Abgeordnetenhaus, auch hier kommt ihr Anteil insgesamt knapp über 30 Prozent hinaus.
- 8 Die Berliner CDU hat, auch um Ihrem Anspruch als attraktive Großstadtpartei gerecht zu werden,
- 9 bereits einen Umschwung eingeleitet. Erstmals sind im Landesvorstand der CDU Berlin 50 Prozent
- der Mitglieder Frauen. Damit hat sie einen wichtigen Beitrag zur gleichberechtigten Teilhabe von
- 11 Frauen und Männern innerhalb der Partei geleistet.

12

- 13 Ziel der gesamten Partei muss es aber auch sein, dass Frauen entsprechend ihres
- 14 Bevölkerungsanteils dort ebenso vertreten sind, wo letztlich die Entscheidungen getroffen werden:
- 15 Nämlich in Politik und Parlament. Ein unterdurchschnittlicher Anteil erweist sich in einer
- diversifizierten Gesellschaft zunehmend als Nachteil und schadet unserer Partei als Ganzes.
- 17 Wollen wir als Großstadtpartei auch in Zukunft attraktiv bleiben, ist ein Kulturwandel dringend
- 18 erforderlich. Das hat auch die Mitgliederumfrage zum Ausdruck gebracht.

19

- 20 Wir fordern die Zukunftskommission auf, konkrete Vorschläge zu entwickeln, um eine Erhöhung
- des Frauenanteils in politischen Ämtern und Mandaten sicherzustellen. Die/der Vorsitzende ist
- 22 aufgefordert, über die Fortschritte jährlich auf dem Landesparteitag in einem gesonderten
- 23 Tagesordnungspunkt mündlich zu berichten.

Antragsteller:

Frauen-Union

43. Landesparteitag der CDU Berlin Anlage zum Tagesordnungspunkt 11

Drucksache 310

Empfehlung der

Antragskommission:

Annahme in der Fassung der Antragskommission

Gegenstand des Antrages:

Spitzenkandidatur bis Sommer 2019 per Mitgliederentscheid klären – geschlossen hinter unserem Spitzenkandidaten für 2021!

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die CDU Berlin entscheidet bis Spätsommer 2019 die offene Frage der Spitzenkandidatur für die
- 2 Berlin-Wahl 2021 durch eine Befragung aller ihrer Mitglieder. Die Kandidaten sollen ihr Interesse
- 3 zuvor öffentlich machen und sich sodann dem Votum der Parteimitglieder stellen. Wir brauchen
- 4 möglichst früh ein klares personelles Angebot mit einer oder einem Kandidatin/en für das Amt des
- 5 Regierenden Bürgermeisters für die Wahl 2021. Die ungeklärte Frage nach unserem konkreten
- 6 personellen Alternativangebot zum lustlosen und überforderten Michael Müller führt auch dazu,
- 7 dass wir als CDU Berlin von den schlechten Umfragewerten des rot-rot-grünen Senates bisher
- 8 kaum profitieren konnten. Daher muss diese Frage schnell und verbindlich geklärt werden, damit
 - sich unser/e Kandidat/in für 2021 in Position bringen kann.

9 10 11

- Die Vergangenheit hat gezeigt, dass gerade in Großstädten der persönliche Kandidatenfaktor
- einen besonders hohen Anteil am Wahlerfolg einer Partei haben kann. Daher können wir es uns
- 13 nicht leisten, diese drängende Frage weitere zwei Jahre ungeklärt zu lassen und so auch in der
- ifentlichen Wahrnehmung ohne Identifikationsfigur dazustehen. Der Vorlauf von zwei Jahren zur
- 15 Wahl ermöglicht es, dass unser Kandidat für Berlin zur "Marke" reifen und sich so zu einer
- 16 glaubwürdigen Personalalternative entwickeln kann. Das Verfahren der Kandidatenkür per
- 17 Mitgliederentscheid sichert dabei höchste Legitimation durch die Parteibasis und eine breite
- 18 Akzeptanz unter allen Kreisverbänden und Vereinigungen.

Antragsteller:

JU Berlin

Empfehlung der Antragskommission: Annahme folgender Version

Gegenstand des Antrages:

Spitzenkandidatur bis Sommer 2019 per Mitgliederentscheid klären – geschlossen hinter unserem Spitzenkandidaten für 2021!

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesvorstand der CDU Berlin wird aufgefordert, bis zum nächsten Landesparteitag einen Verfahrensvorschlag zur Nominierung der Spitzenkandidatin bzw. des Spitzenkandidaten der CDU Berlin für die nächsten Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus zu entwickeln. Das Nominierungsverfahren soll eine breite Mitgliederbeteiligung sowie eine frühzeitige Entscheidung sicherstellen, um die politische Öffentlichkeitsarbeit und Kampagne des Landesverbandes möglichst früh auf die Spitzenkandidatin oder den Spitzenkandidaten ausrichten zu können und auf diese Weise die positive Wahrnehmung der CDU Berlin in der Öffentlichkeit zu verstärken.

43. Landesparteitag der CDU Berlin Anlage zum Tagesordnungspunkt 11

Drucksache 311

Empfehlung der
Antragskommission:
Überweisung in die
der CDU-Fraktion (AG
Verwaltungsmodernisierung)

Gegenstand des Antrages:

Effizient, Bürgernah, Modern - Eine Berliner Verwaltung mit Zukunft

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Das Berlin von heute

- 2 Berlin hat in den letzten Jahrzehnten ein unglaubliches Wachstum an Bevölkerung, Arbeitsplätzen
- 3 und Pluralismus erlebt, das auch weiterhin anhält. Einhergehend damit sind auch in enormen Maße
- 4 die Anforderungen an die Verwaltung gewachsen, welche leider trotz immer wieder kehrender
- 5 Reformmaßnahmen mit diesem Tempo nicht Schritt halten kann. Die in der Zeit des Rot-Roten
- 6 Senats zwischen 2001 und 2011 umgesetzten Sparmaßnahmen waren in der Grundidee der
- 7 Haushaltskonsolidierung zwar richtig, aber in der Dimension maßlos übertrieben. Der Stellenabbau
- 8 in Justiz, Polizei und Behörden wirkt heute noch nach und führt im Ergebnis sichtbar für die
- 9 Berliner Bevölkerung zu den heute vielschichtigen Problemen.

10 11

- Angefangen bei den Wartezeiten für KFZ-Zulassungen über den Mangel an Amtsärzten bis hin zu
- den immer noch zu langen Wartezeiten für Bürger- und Standesamtstermine ließe sich die Liste
- von Auswirkungen einer nicht zeitgemäßen Verwaltung noch beliebig fortführen. Dabei seien die
- 14 Planlosigkeit für eine zukunftsgerechte Mobilitätspolitik oder die Umsetzungsprobleme des E-
- 15 Government-Gesetzes einmal mit genannt. Neben dem bereits angesprochenen Personalmangel
- 16 liegt die Probleme vor allem an strukturellen Rahmenbedingungen, wie nicht eineindeutig
- 17 geklärten Zuständigkeitsfragen zwischen Bezirken und Senat. Diese Mängel sind dabei nicht der
- 18 Verwaltung selbst anzukreiden, sondern viel mehr den politischen Verantwortungsträgern
- 19 vorzuwerfen.

20

- 21 Nun gilt es, diese strukturellen Herausforderungen anzunehmen und anhand der Kriterien der
- 22 Effizienz, der Bürgernähe und der Leistungsfähigkeit gute Antworten zu finden. Für eine
- Verwaltung mit Zukunft, die den Interessen der Bevölkerung und der Stadt sowie den enormen
- 24 technischen Chancen gerecht wird, setzen wir uns klar ein und unterbreiten im Folgenden
- Vorschläge, die unseren Mandatsträgern als Richtlinie für die Gestaltung unserer Stadt dienen
- 26 sollen.

27 28

Das Berlin von morgen

- 29 Schritt zu halten mit den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts heißt in Berlin, dass das
- 30 Infrastrukturwachstum mit der Bevölkerungsentwicklung mithält, dass hier zukunftsfähige Bildung
- 31 ermöglicht wird, dass der Verkehr dank eines alle Verkehrsteilnehmer umfassenden

Mobilitätskonzepts reibungslos funktioniert, dass Kriminalität durch intelligente Techniknutzung wirkungsvoll und nachhaltig bekämpft wird, dass überführte Straftäter nicht durch einen überlasteten Justizapparat davon kommen, dass Behördengänge keine Lebenszeit verschwenden, dass durch transparente Zuständigkeiten und engagierte Lokalvertreter Politikfeindlichkeit kein Thema mehr ist und alle sozialen Schichten bei der Transformation in eine digitale Gesellschaft mitgenommen werden.

38 39

40 41

42

43

44 45

46

47

Wenn die Verwaltung Berlins all dies und noch viel mehr leisten können soll, ist eine Umstrukturierung unabdingbar. Behörden müssen sich nicht nur effizienter koordinieren, sondern auch untereinander effizienter kommunizieren und angestoßene Themen effizienter umsetzen. Dabei muss sich die Verwaltung als Dienstleister für die Bevölkerung verstehen: Arbeitsprozesse müssen kundenzentriert gedacht werden. Nur wenn dies reibungslos funktioniert, kann auch langfristig die Verwaltungsverdrossenheit in einem Teil der Bevölkerung abgebaut werden. Nicht zu Letzt muss die Verwaltung so aufgestellt werden, dass sie auch mit noch nicht abzusehenden, zukünftigen Entwicklungen problemlos umgehen kann. Eine moderne und leistungsfähige Organisation ist dazu der Schlüssel. Dies ist eine herausragende Frage politischer Führung, die unserer Stadt bisher fehlt.

48 49 50

Der Weg dahin

Die Herausforderung, eine Verwaltung für die Bedürfnisse der Zukunft zu schaffen, ist gewaltig, aber wir müssen diese schnell und entschlossen angehen.

52 53 54

55

56 57

58

59

60

61 62

63

64

65

66 67

68

69 70

71

51

1. Kompetenzen zwischen Bezirken und Kommune klar regeln

Ziel muss es deswegen sein, jetzt schon die Weichen richtig zu stellen und das Spannungsverhältnis zwischen Einheitsgemeinde und zweistufiger Verwaltung zu ordnen. Gerade bei Fehlern oder Handlungsversagen werfen die Bezirke dem Senat gerne Zentralisierungswut trotz mangelnder Kapazitäten und andersherum der Senat den Bezirken gerne Kleinstaaterei vor. Solche Zuständigkeitsdebatten gehen jedoch maßgeblich an den Lebensrealitäten der Berliner vorbei und lösen auch nur selten Verständnis aus. Da jeder Bezirk für sich genommen schon eine Großstadt ist, ist es an der Zeit, eine Neustrukturierung des eigenständigen Handlungsrahmens für Bezirke vorzunehmen. Dabei muss konsequent auf Subsidiarität geachtet werden: bezirklich zu erledigende Aufgaben klar und eindeutig von gesamtstädtischen unterscheiden und die Bezirke vollumfänglich dafür mit den nötigen Mitteln ausstatten. Denkbar wäre beispielsweise eine Abkehr vom Selbstverständnis des reinen Verwaltungsvollzugs. Wir sehen Berlins Vielfältigkeit der Regionen, Kieze und Kulturen als eine der größten Stärken der Stadt an. Um dieser Vielfältigkeit auch gerecht zu werden, bedarf es einer Stärkung der Bezirke mit einem damit einhergehenden, umfassenden Budgetrecht. In jedem Fall fordern wir die CDU Berlin dazu auf, sich ein Konzept und eine Vision zu überlegen, wie die Berliner Bezirke in sowohl ihren Kompetenzen als auch in ihrer politischen Legitimation gestärkt werden können. In diesem Rahmen sollte die Berliner Union eine größere Eigenständigkeit der Berliner Bezirke im Sinne eines Wettbewerbes um die besten Strukturen und Ideen fördern und Parallelstrukturen abbauen.

72 73 74

2. Stärkung einer bürgernahen Landespolitik vorantreiben

Einhergehend mit einer Politisierung der Bezirke sollte auch die Bürgernähe des Berliner
Abgeordnetenhauses entschieden gestärkt werden. Wenngleich vor allem die Bezirksverordneten
als starke Stimmen für eine Wahrung der kommunalpolitischen Interessen dienen, müssen die
Abgeordneten unseres Landesparlamentes in Ihrer Rolle als regionale Interessenvertreter gestärkt
werden. Wir begrüßen daher ausdrücklich die durch die Parlamentsreform 2013 angestoßene

Professionalisierung des Parlamentsbetriebs durch die Rot-Schwarze Koalition und die 80 Institutionalisierung des Petitionsausschusses als sehr bürgernahes Gremium. Leider greift dies 81 82 noch nicht weit genug. Dass die Berliner Abgeordneten ihre umfassende Kontrollfunktion gegenüber dem in Vollzeit arbeitenden Berliner Senat nur in Halbzeit wahrnehmen sollen, ist in der 83 heutigen Zeit nicht mehr vertretbar. Wir fordern die CDU Berlin daher auf, gemeinsam mit der 84 CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus eine gesetzliche Anpassung dahingehend 85 anzustreben, dass das Berliner Abgeordnetenhaus vom Feierabend- zum Vollzeitparlament 86 gewandelt wird. Die damit einhergehend steigenden Diäten sollten sich an den Bezügen der 87 88 Berliner Landesbeamten orientieren. In diese Überlegungen sollte auch die Größe der Wahlkreise 89 und damit einhergehend die Größe des Landesparlamentes insgesamt hinterfragt werden. Eine 90 diesbezügliche Verlagerung der Diskussion in eine Enquete-Kommission lehnen wir ab.

91 92

3. Digitalpolitik öffentlich thematisieren!

93 Nicht zuletzt muss sich eine zukunftsfähige Verwaltung auch an den technischen Instrumenten der 94 Zukunft orientieren. Wir bedauern es daher sehr, dass die öffentliche Verwaltung deutschlandweit 95 die am wenigsten digitalisierte Branche ist. Insbesondere in Berlin, einer Stadt der Innovation, 96 Kreativität und Wissenschaft, sollte der Anspruch bestehen, imagegetreu deutschlandweiter 97 Vorreiter zu sein. Wenngleich die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft die größte 98 Herausforderung unserer Zeit ist, beschäftigen sich politische Debatten viel zu wenig mit diesem Thema. Resigniert müssen wir feststellen, dass der Rot-Rot-Grüne Senat es überhaupt nicht 99 vermag, den Fokus öffentlicher Debatten auf dieses wichtige Thema zu lenken oder als 100 kompetente Vertretung einer ambitionierten und visionsstarken Digitalpolitik wahrgenommen zu 101 werden. Wir fordern die CDU Berlin daher auf, dieses Thema viel stärker mit Positionen, Personen 102 und Gestaltungsansprüchen zu besetzen. Ziel muss es deswegen sein, Erfolge in der Digitalpolitik 103 öffentlichkeitswirksam zu präsentieren und gleichzeitig viel größere Ambitionen in der raschen 104 Umsetzung an den Tag zu legen. 105

106107

4. Verwaltungsmodernisierung und Bürokratieabbau durch digitale Verfahren

108109

a) Bürgernahe Dienstleistungen digital erreichbar machen

Hierfür sollten zunächst Leuchttürme verrichtet werden, die im Sinne der bürgernahen Verwaltung 110 den Mehrwert für die Nutzer eindeutig offenbaren. Dabei denken wir beispielsweises daran, eine 111 schnelle Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes bis zu einem fixen Termin voranzutreiben. Alle 112 etwa 500 Dienstleistungen der öffentlichen Hand müssen digital abrufbar, beantragbar und 113 bearbeitbar sein; prioritär sollten zunächst Themen wie das Elterngeld, eine 114 115 Personalausweisbeantragung, Wohnungsanmeldung oder Führerscheinanmeldung angegangen werden. Einhergehend damit ist es zwingend notwendig, gesamtstädtisch alle Register zu 116 vereinheitlichen und auf Interoperationalität zu überprüfen. Der Schlüssel dazu liegt in der klugen 117 118 Ausgestaltung des Prozesses: so muss dieser ganzheitlich geplant werden, um insbesondere Doppel- und Mehraufwand bei der zuständigen Mitarbeitern zu vermeiden. Aggregierte Rohdaten 119 120 sollten pseudonymisiert immer und zu jeder Zeit kostenlos der Öffentlichkeit zur Verfügung 121 gestellt werden müssen.

122123

124

125

126127

b) Smart-City-Strategie umsetzen

Anstatt wie Rot-Rot-Grün die Smart-City-Strategie noch einmal neu überdenken zu wollen, stehen wir zu einer schnelleren und effizienteren Umsetzung ebenjener. Dabei sollte auch im Sinne der Umweltfreundlichkeit die Priorität auf Leuchtturmprojekte, wie eine intelligente Müllentsorgung, eine intelligente Straßenbeleuchtung oder eine intelligente Stellplatzsystematik für Autofahrer,

gesetzt werden. Es ist fraglich, inwieweit ein zentralisierter Umsetzungsansatz wirklich gelingen kann. Vielmehr sollte hierbei auch auf die Bezirke zugegangen werden, die jeder für sich Anreize bekommen könnten, einzelne Leuchttürme umzusetzen. Insbesondere für die Lösung akuter Probleme müssen wir verstärkt auch auf technische Ideen zurückgreifen.

131132133

134

135

136

137

138

139

140141

142

143

128

129130

c) IT-Infrastruktur entwickeln

Um dem Digitalisierungsdruck Rechnung zu tragen, muss auch die IT-Infrastruktur der Bezirke deutlich verbessert werden. Mitarbeiter des Bezirksamtes beklagen langsame Geräte und unmoderne Software. Mit der Zentralisierung der Beschaffung technischer Geräte bei der IT-Staatssekretärin wurden Personalentwicklung und Beschaffung voneinander getrennt. So kann es passieren, dass neue Stellen geschaffen und besetzt werden, aber aufgrund des bürokratischen Verfahrens mit dem Senat eine schnelle Ausstattung des zugehörigen Arbeitsplatzes nicht erfolgt. Wir fordern die CDU Berlin deshalb auf, sich für einheitliche Hardware-Standards und einen geordneten Beschaffungsprozess auf höchstem Niveau einzusetzen. Hierzu bedarf es erheblicher Investitionen in die IT-Infrastruktur und in die Schulung des Personals. Schlussendlich bedarf es dann neben einer ersten Modernisierung der bestehenden IKS-Infrastruktur auch eine Ausrichtung auf zukünftige Entwicklungen.

144145146

147

Auf allen Ebenen muss der Einsatz von intelligenten Formularen vorangetrieben werden, um Anfragen einheitlich und effektiv bearbeiten zu können. Wiederkehrende Sachverhalte können kanalisiert werden.

148149150

151152

153

Ein Beispiel ist die Wissenschaftsverwaltung. Will eine Hochschule CNW-Werte ändern, so könnte ein Formular bereits überprüfen, ob der Änderungswunsch nach der aktuellen Rechtslage überhaupt rechtmäßig ist. Auch Gebühren könnten dem Antragsteller schon vor Stellung des Antrags angezeigt werden. Das Thema ist nicht neu, in vielen Kommunen gibt es Best-Practice-Beispiele, von denen Berlin lernen kann!

154155156

157

158

159

160

161

162

163

164

165166

167168

169170

171

172173

174

d) IT-Infrastruktur auf die Zukunft ausrichten

Auch hierbei scheint der Zentralisierungsansatz der Staatssekretärin Smentek gescheitert: es bedarf vielmehr einer abgestimmten Koordination durch die Bezirke selbst. Wir freuen uns deshalb, dass die CDU-Fraktion Lichtenberg unsere Forderung nach der Einsetzung eines "Beauftragten für die digitale Entwicklung" aufgegriffen hat und im Bezirksamt bereits zwei Stellen zum IT-Management geschaffen wurden. Deswegen sollte jeder Bezirk eine fristgebundene Aufgabe zur umfassenden Digitalisierung und technischen Modernisierung jeweils eines Ressorts bekommen, selbstverständlich mit der nötigen finanziellen Ausstattung. Bei Erfolg könnten dann diese Erfahrungswerte und Modelle ebenfalls gesamtstädtisch skaliert werden. Dafür bildet die Grundlage für die Skalierbarkeit eine IKSInfrastruktur, die bezirksübergreifend standardisiert und kompatibel ist. Da heute jedoch noch nicht absehbar sein kann, was in zehn Jahren der Stand der Technik sein wird, fordern wir, dass alle neu ausgeschriebenen Projekte und neu angegangen Veränderungen stets aufwärtskompatibel gestaltet werden sollen. Also diese grundsätzlich mit standardisierten, quellcode offenen und öffentlich zugänglichen Schnittstellen (wie beispielsweise die PSD2-Schnittstellen im europäischen Zahlungsverkehr) ausgestaltet werden. Einhergehend damit kann es nicht sein, dass in der europäischen Hauptstadt der Blockchain-Start-Ups es noch kein einziges Pilot-Projekt in den Berliner Verwaltungen gibt, um diese Technologie der verteilten Hauptbücher (dezentralen Datenbanken) zu testen. Wir fordern die CDU Berlin daher auf, sich einerseits die nötige Expertise zu erwerben, um als kompetenter Gestalter in der Berliner

175 Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden, als auch sich andererseits mit mehr ambitionierter Ungeduld für eine rasche Verwaltungsdigitalisierung einzusetzen. 176 177 e) Verwaltungsmitarbeiter mitnehmen 178 179 Da nicht bei allen Mitarbeitern der Ämter von einem einheitlichen Vorwissen über digitale Prozesse ausgegangen werden kann, fordern wir eine umfassende Schulungsinitiative für die 180 Mitarbeiter der Ämter in allen Bereichen. Gleichzeitig sollte das Fachwissen der Mitarbeiter in 181 ihren jeweiligen Disziplinen auch Eingang in die Entwicklung neuer Prozesse finden. Wie etwa die 182 Ausgestaltung eines "Digitalen Bauantrages" gelingen kann, kann nur durch Einbeziehung der 183 Fachkapazitäten gelingen. Dies trägt zur fachlich versierten Ausstattung der neuen IT-Verfahren 184 ebenso wie zur höheren Akzeptanz der neuen Verfahren bei den betroffenen Nutzern bei. 185 186 5. Attraktivität des öffentlichen Dienstes erhöhen 187 188 Aufgrund der derzeitigen Einstellungswellen von Bund, Land und Bezirken droht eine massive Abwanderung qualifizierter Mitarbeiter hin in die Bundesverwaltung. Das Land Berlin und die 189 190 Bezirke müssen darauf mit einer Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst Berlins 191 reagieren. So sollten für die Einstellung qualifizierter Mitarbeiter höhere 192 Entgeltgruppeneinstufungen ermöglicht, flexible Arbeitszeit- und Arbeitsortmodelle erprobt und angewandt, sowie eine höhere Verbindlichkeit bei der Anstellung (bspw. durch Verbeamtung) 193 gegeben werden. Wir fordern die Angleichung der Berliner Besoldung an die Bundesbesoldung. In 194 diesem Zusammenhang ist es auch wichtig, dass das Land Berlin frühzeitig an Schulen und 195 Universitäten für Nachwuchs wirbt und auch die Ausbildungsbedingungen flexibel und hochwertig 196 197 gestaltet. Die Fragen der Verwaltungsdigitalisierung sollen im Kurikulum des Hochschulstudiums stärker berücksichtigt werden. 198 199 Wir fordern auch die CDU Berlin auf, ein Konzept für einen attraktiven öffentlichen Dienst zu 200 erstellen, welche die notwendige Flexibilität und Attraktivität für alle Menschen in der Stadt 201 erkennbar macht. 202 203 Dabei setzen wir auf folgende Maßnahmen: 204 205 A) Erhöhung der Durchlässigkeit für den Einsatz von Beschäftigten in verschiedenen 206 Verwendungen des Landes und der Bezirke, um so verschiedene Bereiche der Verwaltung 207 entlasten zu können. 208 209 B) Erleichterung der Abstellungen von Beschäftigten zwischen Abteilungen, um so 210 Leerzeiten zu vermeiden und Belastungsspitzen auszugleichen. 211 212 213 C) Vereinfachter Zugang zu Wochenendarbeit auf Wunsch der Beschäftigten. 214 215 D) Eine Flexibilisierung der Arbeitszeit für Beamte, dort wo eine Kernzeit mangels 216 Kundenkontakt nicht notwendig ist. 217 218 E) Ausweitung der Hospitationsmöglichkeiten, um so den Austausch von Wissen und Kontakten zwischen verschiedenen Behörden und Abteilungen zu fördern. 219 220

Personalangelegenheiten der Beschäftigten geregelt werden können. Das umfasst etwa

F) Einführung einer zentralen Personalplattform für das Land Berlin, auf der alle

223	Arbeitszeiterfassung, Urlaubsbeantragung, Up- und Download von Beurteilungen,
224	Verwaltung von Kranken- und Beihilfesachen, sowie Stellenausschreibungen und die
225	Möglichkeit zur Bewerbung bzw. Versetzungsbeantragung.
226	All diese Forderungen und Themen sehen wir als essentiell für die Lebensqualität in der
227	bundesdeutschen Hauptstadt an. Unser Ziel ist es, eine für Mitarbeiter und Bürger attraktive,
228	moderne und effiziente Verwaltung in der Zukunft zu schaffen, die die Grundlage für eine gute
229	Entwicklung unserer Stadt legen kann.

Antragsteller: JU Berlin

Drucksache 312
Empfehlung der
Antragskommission:
Annahme

Gegenstand des Antrages:

CDU im nächsten Senat nur mit dem Bildungsressort!

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die CDU Berlin wird eine mögliche Senatsbeteiligung in der kommenden Legislaturperiode des
- 2 Abgeordnetenhauses davon abhängig machen, dass sie künftig den Senator für Bildung stellt und
- damit die Verantwortung für dieses Zukunftsressort übernimmt. Die SPD trägt seit 1996 die
- 4 Verantwortung für die Bildungspolitik und damit die Bildungsmisere in unserer Stadt. Mindestens
- 5 ebenso lange lässt sie sich immer neue Reformen einfallen und verkauft diese in erschreckender
- 6 Regelmäßigkeit als innovative Ideen. Wiederkehrende Strukturdebatten und -veränderungen
- 7 führen immer wieder unter enormen Einsatz von Haushaltsmitteln zu Stagnation und Rückschritt
- 8 statt zu Fortschritt. Große Probleme, die einer Lösung bedurften, wurden andererseits jahrelang
- 9 ignoriert. Das hatte zur Folge, dass unsere Schulen überfüllt und marode, zahlreiche Lehrerstellen
- unbesetzt sind. "Richtig" ausgebildete Lehrer sind an Berlins Schulen bald in der Unterzahl.
- Digitalisierung findet überall statt, nur nicht im Klassenraum.

12

- Wir sind in Deutschland bildungsqualitatives Schlusslicht; das muss sich ändern! Bildungspolitik ist
- seit jeher eine der Kernkompetenzen der CDU, gerade auch in Berlin. Viele Berlinerinnen und
- 15 Berliner wünschen sich seit langem einen Kurswechsel in der Schulpolitik. Wir müssen daher
- bereits vor der nächsten Wahl klarmachen, dass wir bereit sind, auch hier Verantwortung und die
- 17 Federführung zu übernehmen.

Antragsteller: JU Berlin

Drucksache 313

Empfehlung der

Antragskommission:

Annahme

Gegenstand des Antrages:

Klare Absage an Extremisten – Keine Zusammenarbeit der CDU mit Linkspartei und AfD

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Diskussion über mögliche Koalitionen der CDU mit der Linkspartei verfolgen wir mit
- 2 Befremden. Gerade hier in Berlin sind die Folgen der gewaltsamen deutschen Teilung noch
- 3 vielerorts sehr spürbar, die Generationen unserer Eltern und Großeltern haben vielfach entweder
- 4 im ehemaligen Ostteil der Stadt unter der SED-Diktatur gelitten oder im Westteil zumindest unter
- 5 der Teilung unserer Stadt.

6 7

- Vor diesem Hintergrund ist die Vorstellung geradezu absurd, die CDU als die Partei der Deutschen
- 8 Einheit könnte Koalitionen mit der SED-Fortsetzungspartei, der Partei von Mauer, Stacheldraht
- 9 und Schießbefehl, eingehen. Davon abgesehen, kann es eine solche Koalition auch schon mangels
- inhaltlicher Schnittmengen gar nicht geben. Die Linkspartei ist eine erklärtermaßen sozialistische
- Partei, ihrer gesamten Ideologie liegt ein vollkommen anderes Menschenbild zugrunde, als das der
- 12 Christlich-Demokratischen Union. Die CDU steht für Demokratie und Grundgesetz, die Linkspartei
- 13 strebt ein anderes Staatssystem an.

14 15

- Daher muss es eine Selbstverständlichkeit sein, dass die Union auch und gerade in Berlin eine
- 16 Koalition mit der Linkspartei unmissverständlich ausschließt.
- 17 Ebenso gilt dies für die AfD, hinsichtlich der sich die Koalitionsfrage aus unserer Sicht genauso
- wenig stellt. Eine Partei, die es nicht schafft oder schaffen will, sich klar und glaubhaft von
- 19 Fremdenhass, Rassismus, Antisemitismus und sonstigen rechtsextremen Strömungen
- abzugrenzen, kann für die CDU noch nicht einmal Gesprächspartner sein!

Antragsteller:

JU Berlin

Drucksache 314

Empfehlung der

Antragskommission:
Überweisung an den
Landesvorstand

Gegenstand des Antrages:

Änderungsanträge zum Leitantrag des CDU-Bundesvorstands zum Bundesparteitag am 07./08. Dezember 2018 "Wirtschaft für den Menschen – Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert"

Der Landesparteitag möge beschließen:

```
Der CDU-Landesverband Berlin richtet folgende Änderungsanträge zum Leitantrag "Wirtschaft für
 1
      den Menschen – Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert" des CDU-Bundesvorstandes an den
 2
      CDU-Bundesparteitag am 7./8. Dezember 2018 in Berlin:
 3
 4
 5
      Ergänze in Zeile 76 hinter "freiheitlichen Grundordnung":
 6
      "und einem sozialen Rechtsstaat"
 7
8
      Zeile 125
9
      Ändere die Überschrift
      Statt: "Soziale Marktwirtschaft ist ein Konzept der Verantwortlichkeit"
10
11
      In: ""Soziale Marktwirtschaft ist ein Konzept von Verantwortlichkeit, Solidarität und Gerechtigkeit"
12
13
      Zeile 125
      Ergänze wie folgt: "Freiheit und Verantwortung, Gerechtigkeit und Solidarität..."
14
15
16
      Zeilen 159 bis 163
17
      Streiche: "Klar ist ...unter 40 Prozent bleiben."
18
19
      Zeile 172
20
      Ergänze vor Schiedsrichter:
21
      "zum einen"
22
23
      Zeile 173 f.
24
      Streiche: "Diese Freiheit wollen wir weiter stärken."
25
26
      Zeilen 182 bis 188
27
      Streiche: "Wichtig ist... Staatsquote erfüllen"
28
29
      Ergänze stattdessen hinter "eine bedeutende Rolle" in Zeile 182:
```

- 30 "Der Staat zugleich die Aufgabe, die öffentliche Infrastruktur, vor allem in den Bereichen Bildung,
- 31 Verkehr, Digitales, Gesundheit und Wohnen, sicherzustellen."

32

- 33 Zeilen 190 ff.
- 34 Streiche den kompletten Absatz 8.
- 35 Insbesondere streiche: "Wir brauchen eine Debatte über die Grenzen staatlicher Regulierung."
- 36 Und streiche den Satz Z. 197 ff. "Wir sehen… dringenden Handlungsbedarf zur Deregulierung…"

37

- 38 Zeile 266 Ändere das wir folgt:
- 39 "z.B. durch steigende Marktmacht, Preisverzerrungen durch Algorithmen oder Aushöhlung von
- 40 Arbeitnehmer-Schutzrechten."

41

- 42 Zeile 280
- 43 Ergänzenden hinter "Unternehmen": "und ihren Beschäftigten."

44

- 45 Zeile 317
- 46 Streiche: "Soziale Marktwirtschaft heißt: Freiheit statt Bevormundung"

47

- 48 Zeile 339
- 49 Ergänze hinter "Daten bleiben."
- 30 "Zu einem umfassenden Datenschutz gehört für uns auch ein wirksamer
- 51 Beschäftigtendatenschutz."

52

- 53 Zeile 365 Ergänze hier (oder oben bei der Unternehmensbesteuerung):
- 54 "Dabei müssen wir zugleich die Frage beantworten, welche Mittel der Staat braucht, um den
- 55 Menschen eine leistungsfähige Infrastruktur, ein gutes Bildungssystem und soziale Sicherheit zu
- 56 bieten."

57

- 58 Ergänze hinter Zeile 391:
- 59 "Mit Sorge sehen wir, dass viele Menschen in ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen und im
- 60 Niedriglohnbereich arbeiten. Wir wollen die Frage beantworten: Wie können wir Schutzrechte
- 61 ausbauen, ohne Beschäftigung zu gefährden?"

62

- 63 Zeile 403 f.
- 64 Ersetze "ihre berufsbezogene Entwicklung stärker eigenverantwortlich zu organisieren."
- 65 *In*: "sich beruflich zu entwickeln."

66

- 67 Zeilen 422 formuliere wie folgt neu:
- 68 "Wie sieht ein Arbeits- und Sozialrecht aus, das auch im Zeitalter der Digitalisierung Arbeits- und
- 69 Gesundheitsschutz, gute Arbeitsbedingungen sowie soziale Sicherung gewährleistet? Wie können
- 70 wir dazu beitragen, dass der Bedarf an Fachkräften gedeckt wird?"

71

- 72 Zeile 490 ergänze:
- 73 "Wie organisieren den ökologisch bedingten Strukturwandel in einer Weise, der den betroffenen
- 74 Unternehmen und Beschäftigten auch in Zukunft Perspektiven auf wirtschaftlichen Erfolg und
- 75 gute Arbeit bietet?"

- 78 Zeile 500 Fasse wie folgt neu:
- 79 "Wie können wir in der Finanz- und Sozialpolitik die Gerechtigkeit innerhalb der jeweiligen
- 80 Generationen mit der Generationengerechtigkeit in Einklang bringen?"

81

- 82 Zeile 505 ff.
- 83 Fasse den Einstieg wie folgt neu:
- 34 "Tarifautonomie, Sozialpartnerschaft, betriebliche Mitbestimmung und
- 85 Unternehmensmitbestimmung sind wichtige Elemente der Sozialen Marktwirtschaft. Sie tragen zu
- guten Arbeitsbedingungen bei und stellen die Beteiligung der Beschäftigten an den sie
- 87 betreffenden Entscheidungen sicher. Zugleich sind sie wesentliche Faktoren..."

88

- 89 Fasse den Satz Z. 511 ff. wie folgt neu:
- 30 "Wir wollen gute Arbeitsplätze, weil sich für die Beschäftigten vor allem darin das Versprechen
- 91 ,Wohlstand für alle' erfüllt, und zugleich, weil wir nur dann im internationalen Wettbewerb um
- 92 gute Fachkräfte bestehen."
- 93 Begründung: siehe oben

94

95 Streiche den kompletten Absatz ab Zeile 516:

96

- 97 Ergänze stattdessen:
- 98 "Angesichts der Bedeutung der Sozialpartnerschaft sehen wir das Sinken der Tarifbindung mit
- 99 großer Sorge. Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft leben davon, dass Beschäftigte sich
- 100 gewerkschaftlich organisieren und Unternehmen Mitglied in Tarifverträge schließenden
- 101 Arbeitgeberverbänden sind. Wir wollen die Tarifbindung stärken und die Frage beantworten, auf
- welche Weise das am besten gelingen kann.
- 103 Wir wollen zugleich eine starke betriebliche Mitbestimmung und Unternehmensmitbestimmung.
- 104 Wir wollen die Fragen beantworten, wie wir Mitbestimmung in Zeiten von Plattformwirtschaft und
- 105 Virtualisierung von Geschäftsbeziehungen sichern, welche Rechte die Betriebsräte in der
- digitalisierten Wirtschaft brauchen und wie wir die Umgehung nationaler
- 107 Mitbestimmungsregelungen verhindern können."

Antragsteller:

CDA Berlin

Drucksache 315

Empfehlung der

Antragskommission:
Überweisung an den
Landesvorstand

Gegenstand des Antrages:

Anträge zur Satzungsänderung an den Landesparteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Abstimmung über das Mitgliederprinzip

§ 15 Abs. 2 LS erhält einen neuen Satz 3 und einen neuen Satz 4:

Auf einer Mitgliederversammlung, bei der über die Anwendung des Mitgliederprinzips abgestimmt werden soll, kann auch der Antrag gestellt werden, das Mitgliederprinzip nur für bestimmte Entscheidungen (z.B. Aufstellung von Kanditen für öffentliche Wahlen) anzuwenden. Werden mehrere Vorschläge zur Abstimmung gestellt, von welchen kein Vorschlag die absolute Mehrheit erhält, so ist die Abstimmung ein oder mehrmals zu wiederholen wobei jeweils der Vorschlag mit der geringsten Zustimmung wegfällt.

Begründung:

§18 Abs. 6 des Status verlangt von den Satzungen der Landesverbände, dass diese die Mitglieder über die Anwendung des Delegierten- oder Mitgliederprinzips bei Mitgliederversammlungen und Parteitagen abstimmen lassen, sofern dies mindestens 25 Prozent der Mitglieder oder der Ortsverbände beantragen. Dies ist in § 15 Abs. 2 LS umgesetzt worden.

 Allerdings geht es bei einer solchen Versammlung nur um "Alles oder Nichts". Es ist nicht vorgesehen, über vermittelnde Lösungen abzustimmen, also etwa über die Anwendung des Mitgliederprinzips nur zu bestimmten Wahlen. Dies kann aber durchaus sinnvoll sein. Mitzuentscheiden ist für die breite Menge der Mitglieder vor allem dann interessant, wenn grundlegende Entscheidungen getroffen werden, etwa die Kandidaten für öffentliche Wahlen aufgestellt werden. Die Beteiligung der Mitglieder bei weniger interessierenden Fragen ist demgegenüber häufig gering und trotzdem sehr teuer. Manch ein Kreisverband mag der Meinung sein, dass da Aufwand und Nutzen in keinem vernünftigen Verhältnis zueinanderstehen.

Natürlich muss weiterhin die Möglichkeit verbleiben, die Anwendung des Mitgliederprinzips für alle Entscheidungen eines Parteitags zu beantragen, um der Regelung im Statut der CDU Deutschlands zu genügen

2. Stichwahlen bei der Nominierung der Kandidaten für Bundestagswahlen und Europawahlen

§ 44b Abs. 1 Landessatzung wird wie folgt neu gefasst:

 Ist in einem Wahlgang nur eine Person für ein Amt zu wählen (Einzelwahl), so ist gewählt, wer die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Stimmenthaltungen werden bei der Feststellung der Mehrheit nicht festgestellt. Die Möglichkeit einer Nein-Stimme, mit der alle Kandidaten abgelehnt werden, ist zuzulassen. Wird die erforderliche Mehrheit von keinem Kandidaten erreicht, so findet ein weiterer Wahlgang (Stichwahl) zwischen den beiden bestplatzierten Bewerbern statt. Haben der wweit- und drittplatzierte Bewerber die gleiche Stimmenanzahl, so entscheidet das Los darüber, welcher der Bewerber in die Stichwahl kommt. Erhält auch in der Stichwahl keiner der Bewerber nicht die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen, so ist die Liste der Bewerber neu zu öffnen.

§ 5 Abs. 1 und § 10 Abs. 1 Verfahrensordnung lauten:

Die Wahl erfolgt geheim und gemäß § 44b Abs. 1 der Landessatzung.

Begründung:

 In § 5 Abs. 1 der VO wird bei der Einzelwahl von den Bestimmungen der Landessatzungen, auf die im Übrigen verwiesen wird, insofern abgewichen, dass bei Stichwahlen der Kandidat gewählt wird, welcher die meisten Stimmen erhält. In § 10 Abs. 1 Satz 3 der Verfahrensordnung gilt für die Wahl des Wahlkreisbewerbers abweichend davon, dass in diesem Fall der Kandidat gewählt ist, der die einfache Mehrheit erhält. Während nach § 5 Abs. 1 VO auf der Landesliste derjenige gewählt ist, der die meisten Stimmen erhält, wäre nach § 10 Abs. 1 VO ein Kandidat jedenfalls dann nicht gewählt, wenn es mehr Nein-Stimmen gäbe als solche, die auf ihn entfallen. Auch kann man sich fragen, ob eine einfache Mehrheit hat, wer zwar mehr Stimmen als der Gegenkandidat hat, aber weniger als der Gegenkandidat zuzüglich Nein-Stimmen.

 Mit dem Änderungsvorschlag wird angestrebt, einheitliche Abstimmungsregeln für alle vergleichbaren verfahren zu haben. Darüber hinaus wäre aber ebenfalls eine Klarstellung zu wünschen.

Antragsteller:

Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf